

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

Dezember 2024

Stadtmagazin

S-Bahn Berlin

Mehr auf die Belegschaft hören!



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



© dbb berlin

Inhalt

Jahresrückblick	4
Nichts Halbes und nichts Ganzes	5
Amtsangemessene Alimentation	6
Gespräch mit Bündnis 90/Die Grünen	7
Seminare	8
Frauenarbeitsschutz	9
BSBD Berlin	10
Titelgeschichte Berliner S-Bahn	11
Wahlhelfer gesucht	14
Lehrerverbeamtung	14
Preisrätsel	15
Frohe Weihnachten	16

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

ein weiteres Jahr ist verstrichen, ohne dass die berechtigten Erwartungen der Beschäftigten im Berliner Landesdienst erfüllt wurden. In meinem Jahresrückblick auf Seite 4 dieses Magazins lasse ich die teils dramatischen Ereignisse der letzten Monate noch einmal ausführlich Revue passieren.

An dieser Stelle liegt mir zum Jahresende aber vor allem daran, Dank zu sagen: Dank an meine Stellvertreterinnen und Stellvertreter in der Landesleitung, die immer zur Stelle waren, wenn politische Gespräche zu führen, Veranstaltungen zu organisieren oder auch Stellungnahmen zu erarbeiten waren. Besonders gefordert wurde die gesamte Landesleitung in diesem Jahr bei der Vorbereitung der Personalratswahlen. Auch Anfang 2025 wird das bei der Nachbereitung und der Schulung der neuen Personalratsmitglieder nicht viel anders sein.

Veranstaltungen wie der traditionelle Frühschoppen des dbb berlin mit fast 100 Gästen oder unsere Personal- und Betriebsrätekonferenzen mit einer ähnlich hohen Teilnehmerzahl brauchen viele helfende Hände und ich bin sehr froh, dass es in unserem dbb berlin nicht an Funktionsträgerinnen und Funktionsträgern mangelt, die immer wieder bereit sind, im Dienste der gemeinsamen Sache ihre Freizeit zu opfern.

Dank gebührt schließlich auch den Mitgliedsgewerkschaften und -verbänden für ihre fortlaufende Unterstützung. Ohne diese innerverbandliche Geschlossenheit wäre der dbb berlin sicher nicht das anerkannte Sprachrohr des öffentlichen Dienstes in Berlin und könnte weder in Politik noch in der Presse die Wirkung entfalten, die ihm zu Recht beigemessen wird.

Lassen Sie uns auch im kommenden Jahr an dieser Geschlossenheit und Solidarität festhalten!

Mit den besten Wünschen für ein geruhames Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520.

Telefax: 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin.

E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacyenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0.

Telefax: 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacyenter@

dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea

Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:**

Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 21,

gültig ab 1.1.2024. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH &

Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Layout: FDS, Geldern. **Fotos:** wie angegeben.

Titelbild: Wolfgang Wellige

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Jahresrückblick von Frank Becker

Ein bestenfalls durchwachsendes Jahr

Wieder einmal hat sich die alte Weisheit bewahrheitet, dass der Tag nicht vor dem Abend gelobt werden sollte. Für den Berliner Landesdienst fing das Jahr 2024 durchaus verheißungsvoll an.

Das Abgeordnetenhaus beschloss ohne Wenn und Aber eine Inflationsausgleichsprämie für die Landesbeamten und Versorgungsempfänger und im März kam sogar Hoffnung in Sachen der seit vielen Jahren verschleppten amtsangemessene Alimentation auf. Denn das Bundesverfassungsgericht tat kund, dass der Zweite Senat in 2024 endlich auch die Verfassungskonformität der A-Besoldung überprüfen will. Aber auch wenn nach Meinung des dbb berlin das Ergebnis der Überprüfung in Anbetracht der als teilweise verfassungswidrig erkannten, gleichgelagerten Richterbesoldung eigentlich schon feststehen sollte, herrscht leider seitdem Schweigen im Walde.

Doch damit nicht genug: Seit April hat sich geradezu eine Büchse der Pandora im Hinblick auf die Beschäftigungsbedingungen der Berliner Landesbeamtinnen und -beamten geöffnet: Die Lebensarbeitszeit muss auf die in anderen Bundesländern geltende Obergrenze angehoben werden, befand die Landesregierung und zeigte dabei keinerlei Neigung, über den beschäftigungspolitischen Tellerrand zu schauen. Das tat aber der dbb berlin und pochte unmissverständlich darauf, dass der angestrebte Gleichklang bei der Lebensarbeitszeit nicht ohne einen entsprechenden Schritt bei der Besoldung stattfinden darf. „Die Besoldungsdefizite, unter denen die Berliner Landesbeamtinnen und -beamten seit vielen Jahren leiden, müssen abgebaut werden, bevor eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit auch nur andiskutiert werden kann“, fordert der dbb berlin mit allem Nachdruck.

Kuhhandel mit Besoldungsangleichung

Versöhnlich konnte zunächst der im Mai von Finanzsenator Stefan Evers vorgelegte Entwurf zur Besoldungsanpassung stimmen, der nicht nur die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung der Tarifierhöhung für die Arbeitnehmer des Landes vorsah, sondern auch

den versprochenen ersten, längst überfälligen Anpassungsschritt der Berliner Landesbesoldung an die des Bundes. Dunkle Vorahnungen kamen auf, als sich das entsprechende Gesetzgebungsverfahren ungewöhnlich lange, noch über die Parlamentarische Sommerpause hinaus hinzog. Was dann allerdings in der Senatssitzung am 1. Oktober aufgrund einer Korrektur des Koalitionsausschusses präsentiert wurde, überstieg die übelsten Erwartungen. Fassungslosigkeit, Empörung und schließlich Wut machten sich breit, insbesondere als die Hintergründe dieser an Kurzsichtigkeit kaum noch zu überbietenden Entscheidung ruckbar wurden. Wie die Berliner Morgenpost meldete, ist ein unverantwortlicher, von der SPD im Koalitionsausschuss angezettelter Kuhhandel Ursache für den höchst fahrlässigen Umgang mit der Funktionsfähigkeit der Berliner Verwaltung. Nur um ihren Verzicht auf das 29-Euro-Ticket im Berliner Nahverkehr zu kompensieren, hat die Partei die Axt an die Verlässlichkeit von Daseinsvorsorge und Sicherheit gelegt. Auch der am 18. November gefundene neue Kompromiss im Koalitionsausschuss kann nicht überzeugen (siehe nächste Meldung), denn danach zahlen die Beamtinnen und Beamten einen unzureichenden Angleichungsschritt praktisch selbst. Natürlich wird der dbb berlin in dieser Angelegenheit unvermindert weiter Druck auf die Politik ausüben – schriftlich wie auch in Gesprächen –, um im Hauptausschuss und im Abgeordnetenhaus Nachbesserungen zu erreichen.

Weitere Baustellen

Auch bei anderen wichtigen Baustellen im öffentlichen Dienst hat der dbb berlin auf den vermutlich infolge Uneinigkeit der Koalitionäre eher saumseligen Senat Druck ausgeübt: So ist der Grundsatzklärung, wonach Gewalt gegen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Berlin in keiner Form toleriert und jede Maßnahme ergriffen werden soll,

um derartigen Entwicklungen mit Nachdruck entgegenzutreten, noch immer keine konkrete Dienstvereinbarung gefolgt. Der inakzeptable Grund: Innerhalb des Senats herrscht offenbar Uneinigkeit darüber, wer die Dokumentation der Gewaltfälle übernehmen soll. Angesichts dieses unglaublichen Behördenpingpongs hat der dbb berlin den Regierenden Bürgermeister unverblümt aufgefordert, „auf den Senatstisch zu hauen“! Bei einem Spitzengespräch mit dem Regierenden Bürgermeister am 20. Januar 2025 wird der dbb berlin das Thema natürlich auf das Tapet bringen.

Auch in Sachen Verbeamtung von Tarifbeschäftigten musste der dbb berlin intervenieren, denn die zugrunde liegende Vereinbarung zwischen den Senatsverwaltungen für Finanzen und für Inneres und Sport drohte zu versanden. Ein weiteres erläuterndes Rundschreiben soll jetzt dieser sinnvollen Personalbindungsmaßnahme endlich zum Durchbruch verhelfen.

Fokus Personalratswahlen

Natürlich stand auch die Vorbereitung der noch laufenden Personalratswahlen in diesem Jahr besonders im Fokus der dbb Landesleitung. Schon seit dem Sommer informieren wir im hauptstadt magazin fortlaufend über die Bedeutung und die Spielregeln der Personalratsarbeit, im Oktober haben wir unserer Kandidatinnen und Kandidaten auf unserer Homepage www.dbb.berlin vorgestellt und im November folgte sogar erstmals ein Erklärvideo zur HPR-Wahl.

Enormen Rückenwind haben uns bei diesen Vorbereitungen die Erfolge des dbb berlin und seiner Mitgliedsgewerkschaften bei den Wahlen zu den Jugend- und Auszubildendenvertretungen gegeben: So konnte sich die DSTG-Jugend mit ihren Kandidatinnen und Kandidaten der Liste 2 „Stark für Dich und Deine Ziele“ haushoch durchsetzen und stellt mit ihren neun von dreizehn Mandaten auch in der zukünftigen Amtsperiode den Vorsitz der Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung (GJAV). Als Wahlsieger ist auch die DPoG Berlin bei den GJAV-Wahlen hervorgegangen und in der Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung schließlich konnte die Liste der dbb jugend zwei Sitze erringen.

Dank für Unterstützung

Sicherlich hätten wir gern mehr erreicht von dem, was wir uns gewünscht haben und insbesondere von dem, was Sie sich womöglich von uns erhofft haben. Am Einsatz unserer Funktionsträgerinnen und Funktionsträger hat es auf jeden Fall nicht gefehlt. Auch nicht an der Unterstützung der Arbeit durch die Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin. In Anbetracht dieser gewerkschaftlichen Stärke bin ich zuversichtlich, dass die Jahresbilanz 2025 trotz aktueller Haushaltsprobleme nicht so durchwachsen aussehen wird. Einen Anfang könnten schon die zu Jahresbeginn vorliegenden Ergebnisse der Personalratswahlen machen. ■

Nichts Halbes und nichts Ganzes

Der Koalitionsausschuss hat seine rüde Absage an einen Angleichungsschritt der Berliner Besoldung an die des Bundes am 18. November noch einmal überdacht und sich auf eine Änderung des Gesetzentwurfs zur Besoldungsanpassung geeinigt, bei der die Berliner Beamtinnen und Beamten einen minimalen Angleichungsschritt von 0,4 Prozent ab Februar praktisch selbst bezahlen sollen. Denn gleichzeitig sollen die Mittel für Leistungszulagen in der Hauptverwaltung komplett gestrichen werden.

„Eine Verbesserung sieht anders aus“, kommentiert dbb Landeschef Frank Becker die bloße Verschiebung von Haushaltsmitteln. „Das Resultat ist nichts Halbes und nichts Ganzes“, so Becker weiter, „denn der Anpassungsschritt ist viel zu gering, um Wirkung im personellen Wettbewerb mit dem Bund zu zeigen, und der Wegfall der leistungsbezogenen Bezahlelemente ist schlicht leistungsfeindlich, solange sich die Beförderungssituation nicht grundlegend ändert.“

Will man dem Zahlenspiel überhaupt etwas Positives abgewinnen, so wurden zumindest Prioritä-

ten in die richtige Richtung gesetzt, denn Maßnahmen gegen den Personalmangel sind das absolut vorrangige Gebot der Stunde. Allerdings ist die Koalition mit dem viel zu geringen Angleichungsschritt mal wieder auf halbem Wege stehen geblieben und hat zudem eine neue Baustelle eröffnet. „Wir vermissen jeglichen Hinweis darauf, dass der Wegfall der Mittel für die Leistungszulagen von einer Verbesserung der Beförderungssituation begleitet sein sollen. Leistung muss sich auch im öffentlichen Dienst lohnen“, kritisiert dbb Landeschef Becker. ■

Musterantrag auf Gewährung einer amtsangemessenen Alimentation

Alle Jahre wieder ...

Das Land Berlin beharrt weiterhin stur auf eine weitere Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts und verweigert seinen Beschäftigten bis dahin eine amtsangemessene Alimentation.

Wie in den vergangenen Jahren stellt der dbb berlin deshalb wieder einen Musterantrag – der abgeändert auch für Pensionäre genutzt werden kann – auf Gewährung einer amtsangemessenen Alimentation zur Verfügung.

Wie das Landesverwaltungsamt dem dbb berlin nochmals aktuell versichert hat, kann der Antrag auch per Fax mit eigener Unterschrift übermittelt werden. Widersprüche gegen die Unteralimentation, die persönlich unterschrieben und als Fax bis zum 31. Dezember dort eingehen, gelten als fristgerecht eingelegt. ■

Absender

Musterantrag/Widerspruch

© dbb berlin

An die
zuständige Bezügestelle (LBV etc.; Adressat je nach Dienstherr anpassen!)

Datum

Personalnummer:
Antrag auf Gewährung einer amtsangemessenen Alimentation

Sehr geehrte Damen und Herren,

Beamtinnen und Beamte haben Anspruch auf Erhalt einer jeweils amtsangemessenen Alimentation nach Art. 33 Abs. 5 GG.

Dazu hat das Bundesverfassungsgericht in grundlegenden und umfassenden Entscheidungen (vgl. nur Bundesverfassungsgericht, Zweiter Senat, Beschluss vom 17. November 2015 zur sog. A-Besoldung - Az.: 2 BvL 5/13) ausdrückliche und verbindliche Festlegungen getroffen.

Diese Vorgaben hat es in seiner Entscheidung vom 4. Mai 2020 (vgl. BVerfG 2 BvL 4/18) zur Besoldung von Richterinnen und Richter im Land Berlin ausdrücklich bestätigt, konkretisiert und die Berechnungsparameter präzisiert.

Dabei wurde insbesondere das Abstandsgebot zum allgemeinen Grundsicherungsniveau als ein eigenständiger hergebrachter Grundsatz des Berufsbeamtentums hervorgehoben.

Den mit Art. 33 GG vorgegebenen und durch die Rechtsprechung ausgeschärften Vorgaben ist der Besoldungsgesetzgeber in **Berlin** auch im Jahr 2024 nicht nachgekommen.

Im Hinblick auf die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts gehe ich davon aus, dass die mir gewährte Besoldung nicht ausreichend ist, sodass ich gegen diese

Widerspruch einlege und beantrage,

mir eine amtsangemessene Besoldung zu gewähren, die den in dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2015 sowie aus dem Jahr 2020 aufgestellten Parametern und damit dem Grundsatz der amtsangemessenen Alimentation entspricht.

Gleichzeitig bitte ich bis zur verfassungsgemäßen Umsetzung der Entscheidung durch den für meine Besoldung zuständigen Gesetzgeber meinen Antrag ruhen zu lassen, auf die Einrede der Verjährung zu verzichten und mir dies entsprechend zu bestätigen.

Mit freundlichen Grüßen

Besoldungsanpassung

dbb berlin macht Druck

Der dbb berlin macht weiter Druck bei den Fraktionen des Abgeordnetenhauses, um die Streichung des ersten Angleichungsschritts an die Bundesbesoldung, wie sie die Senatsvorlage des Besoldungsgesetzes vorsieht, zu verhindern. In einem Gespräch mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen am 1. November 2024 unterstrich dbb Landeschef Frank Becker nochmals die Dringlichkeit der Anpassung, weil fortlaufend gute Kräfte zum Bund abwandern und den bedrohlichen Personalmangel in Berlin weiter verschärfen. Dies umso mehr, als die Beamtinnen und Beamten auch immer noch auf die verfassungsgemäße Bezahlung warten.

Keinerlei Verständnis zeigte Becker dafür, dass die im Koalitionsvertrag vorgesehene Angleichung ausgerechnet durch den Koalitionspartner SPD im Koalitionsausschuss gestoppt wurde. Verschlimmert werde das verheerende Signal dieses Rückziehers noch dadurch, dass im gleichen Atemzug beabsichtigt ist, die Lebensarbeitszeit zu verlängern. „Verlässlichkeit sieht anders aus. Die Beamtinnen und Beamten sind leere Versprechungen endgültig leid, wie sie schon vom Senat von Klaus Wowereit bei den Kürzungen von ‚Urlaubs- und Weihnachtsgeld‘ praktiziert wurden. Von der damals zugesagten Rücknahme dieser Maßnahmen fehlt jedenfalls bis heute jede Spur“, begründete Becker den wachsenden Unmut der Betroffenen.

Der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Werner Graf, und sein Stellvertreter André Schulze wollten allerdings keine Besoldungszusagen über die Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Beamten hinaus machen. Es gelte, vor einer Entscheidung alle Bereiche abzuklopfen.

Frank Becker kündigte weitere Initiativen des dbb berlin in den nächsten Tagen an. Mit seinen guten Argumenten, die er bereits im Verwaltungsverfahren zu den Gesetzesentwürfen zur Besoldung und zur Lebensarbeitszeitverlängerung eingebracht hat, werde der dbb berlin nochmals an alle Abgeordnete

des Abgeordnetenhauses von Berlin appellieren, den Abstrichen im Senatsentwurf zur Besoldung nicht zuzustimmen.

Bedauerlicherweise hat der dbb berlin auf einen früheren Appell an den Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion, Raed Saleh, und die Landesvorsitzenden der SPD Berlin, Nicola Böcker-Giannini und Martin Hikel, bislang keine Antwort erhalten. In einem Telefonat mit dem dbb Landeschef hatte Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey das Abweichen ihrer Fraktion von der ursprünglich geplanten Anpassung mit dem Hinweis auf andere aufgrund der Finanzlage auf dem Prüfstand stehende Projekte zu begründen versucht.

Die CDU-Fraktion hat gegenüber dem dbb berlin bereits schriftlich erklärt, dass sie an einer Besoldungsanpassung an die des Bundes weiterhin festhalten wolle. Ein Gesprächstermin mit der Fraktion Die Linke steht noch aus.

Die dbb Landesleitung war bei dem Gespräch mit dem Landesvorsitzenden Frank Becker und den beiden Stellvertreterinnen Heike Breuning und Martina Riedel vertreten.

Ein weiteres Besoldungsgespräch mit der Fraktion Die Linke findet am 16. Dezember statt. ■

Neue Personalratsmitglieder und Frauenvertreterinnen

dbb berlin bietet kompetente Vorbereitung

Gemeinsam mit dem dbb betreuungsverein berlin e. V. sorgt der dbb beamtenbund und tarifunion berlin wieder mit seinen bewährten Schulungen dafür, dass seine neu gewählten Personalratsmitglieder und Frauenvertreterinnen bestmöglich auf ihre Aufgaben vorbereitet werden.

Im Einzelnen werden folgende Veranstaltungen angeboten:

9. und 10. Dezember 2024

Spezialseminar für Frauenvertreterinnen und ihre Stellvertreterinnen nach § 16 Abs. 3 LGG Berlin (2024 PS010)

Hintergrund: Das Landesgleichstellungsgesetz Berlin (LGG) gehört zu den stärksten Gleichstellungsgesetzen Deutschlands, dessen Regelungen und Wirkungen in der Praxis in ihrer vollen Bedeutung oft nicht bekannt sind. Die Frauenvertreterinnen müssen mit diesem Gesetz die Gleichstellung in ihrer Dienststelle durchsetzen und stoßen dabei häufig auf Widerstände und andere Widrigkeiten seitens ihrer Dienststellenleitungen.

Ziel: Die Teilnehmerinnen

- > lernen ihre Rechte als Frauenvertreterin kennen,
- > erarbeiten Handlungs- und Lösungsansätze,
- > können ihre Aufgaben zielgerichtet und kompetent wahrnehmen und
- > erhöhen ihre Überzeugungswirkung und Verhandlungstaktik.

Vier Personalräteschulungen im ersten Quartal 2025

23. und 24. Januar 2025

Grundschulung Personalvertretungsrecht nach § 42 Abs. 3 PersVG Berlin – Modul 1 (2025 PS002)

29. und 30. Januar 2025

Grundschulung Personalvertretungsrecht nach § 42 Abs. 3 PersVG Berlin – Modul 1 (2025 PS001)

10. und 11. Februar 2025

Grundschulung Personalvertretungsrecht nach § 42 Abs. 3 PersVG Berlin – Modul 1 (2025 PS003)

26. und 27. Februar 2025

Grundschulung Personalvertretungsrecht nach § 42 Abs. 3 PersVG Berlin – Modul 1 (2025 PS004)

Hintergrund: Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre bietet der dbb berlin die Seminare für Mitglieder der Personalräte in zwei Modulen an.

Ziele: In Modul 1 sollen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer lernen,

- > die Grundlagen der gesetzlichen Bestimmungen zu erkennen,
- > die Anwendung der Bestimmungen in der Praxis,
- > die rechtlichen Entscheidungs- und Beratungsgrundlagen in der täglichen Arbeit umzusetzen,
- > die gesetzlichen Bestimmungen gezielt anzuwenden,
- > Fragenkomplexe handlungsorientiert zu beantworten und
- > ihre Aufgaben zielgerichtet und kompetent wahrzunehmen.

Die Rechte und Pflichten des Personalrats, insbesondere bei der dienststelleninternen Willensbildung sowie bei beteiligungsrechtlichen Tatbeständen und Vereinbarungen mit der Dienststelle, sollen den Personalratsmitgliedern mit einem weitreichenden Einblick vermittelt werden, damit sie sie bei der täglichen Arbeit richtig und zielführend anwenden können. Die einzelnen Themen werden von der Dozentin in Vortragsform und mit Fallbeispielen erläutert, danach erfolgt die Diskussion mit den Teilnehmer/innen.

Das Modul 2 wird im zweiten Quartal 2025 angeboten. Hier ist geplant, das bis dahin erlangte Praxiswissen intensiv zu vertiefen.

Homepage beachten!

Seminartermine werden regelmäßig auch auf der Homepage www.dbb.berlin bekannt gegeben.

Auch die Programme, Anmeldevordrucke und die Vordrucke für die Kostenübernahmeerklärungen durch die Dienststellen stehen auf der Homepage des dbb berlin zum Download zur Verfügung: www.dbb.berlin/service/schulungen/.



Arbeitsschutz für Frauen überdenken!

Beim Arbeitsschutz wird noch immer viel zu wenig darüber nachgedacht, inwieweit Frauen besondere Schutzbedürfnisse aufweisen.

Die Vorsitzende der Landesfrauenvertretung des dbb berlin, Silke Jonas, und die stellvertretende dbb Landesvorsitzende Martina Riedel, die unter anderem auch für Fragen des Arbeitsschutzes bei der dbb Landesleitung zuständig ist, haben dieses Versäumnis jetzt auf den Plan gerufen:

Sie wollen nicht länger hinnehmen, dass sich der Frauenerbeitsschutz im Wesentlichen auf Schwangere beschränkt, und beabsichtigen, die Anforderungen an einen besonderen Frauenerbeitsschutz zu präzisieren, ganz ähnlich, wie es bereits beim Jugendschutz vorgesehen ist. Ziel ist es, die Kolleginnen in den Dienststellen in Sachen Arbeitsschutz noch besser unterstützen zu können.

Denn noch wird im Rahmen des Arbeitsschutzes und der Gefährdungsbeurteilung nach § 5 Arbeitsschutzgesetz selten zwischen Männern und Frauen differenziert.

Forschung zeigt Handlungsbedarf auf

In der Forschung nimmt die Thematik demgegenüber mittlerweile schon einen ziemlich breiten Raum ein, wobei immer mehr Handlungsbedarf zutage tritt.

Im Fokus stehen dabei unter anderem organisatorische Maßnahmen, die den unterschiedlichen Lebens-



Silke Jonas

situationen der Frauen im Arbeitsleben Rechnung tragen sollen.

Aber auch die Ausstattung des Arbeitsplatzes ist nicht immer „frauengerecht“. Oft werden schon ergonomische Unterschiede vernachlässigt, die sich mit entsprechenden Hilfsmitteln relativ leicht beseitigen lassen.

Komplizierter wird es allerdings schon, wenn beispielsweise das unterschiedliche Wärme- und Kälteempfinden von Männern und Frauen Berücksichtigung finden soll.



Martina Riedel

Unterschiede bei der Dienstkleidung

Auch bei der Dienstkleidung sind geschlechtsspezifische Unterschiede zu beachten: Niemand wird wohl auf die Idee kommen, einem Mann eine Bluse anzubieten, speziell geschnittene Schutzkleidung für Frauen (zum Beispiel ballistische

Westen oder Sicherheitsschuhe) ist aber noch keine Selbstverständlichkeit, obwohl sie die Arbeitszufriedenheit und damit den sachgerechten Einsatz der persönlichen Schutzausstattung (PSA) erhöht.

Schließlich verdienen auch die Tätigkeitsfelder, in denen Frauen vorrangig beschäftigt sind, unter anderem im Bildungs- und Pflegebereich, eine genauere Untersuchung im Hinblick auf ihr spezifisches Gefährdungspotenzial. ■



BSBD

Zwischen Bangen und Hoffen!

Der Berliner Justizvollzug wurde in den letzten Jahren politisch sehr stiefmütterlich behandelt. Seit Jahren werden wichtige Sanierungs- und Bauprojekte zeitlich geschoben oder sogar ausgesetzt. Das rächt sich jetzt!

Fast 800 Haftplätze fehlen, die wegen Sanierungs- oder übergeordneter Maßnahmen (zum Beispiel Brandschutzsanierungen) nicht verfügbar sind.

Dringend notwendige Instandsetzungsvorhaben müssen im laufenden Betrieb stattfinden und sorgen für eine oftmals gereizte Stimmung, die den Vollzugsalltag nicht einfacher macht.

Hoher Belegungsdruck hat zur Verlegung von Inhaftierten in Haftanstalten geführt, die aufgrund ihrer Struktur nicht zuständig sind. Falsche politische Vorgaben, wie zum Beispiel Inhaftierte mit langer Haftzeit in den Offenen Vollzug zu verlegen, haben die eigentlichen Probleme nur verlagert.

Die Haftanstalten sind zurzeit kaum in der Lage, ihren eigentlichen Aufgaben vollumfänglich nachzukommen.

Fluktuation verschärft Personalnot

Die aktuelle Personalnot wird zusätzlich durch eine hohe Fluktuation verschärft. Bei einigen Berufen liegt die Halbwertszeit bei vier bis fünf Jahren!

Während die Werbekampagne und die Ausbildung für den allgemeinen Vollzugsdienst Erfolge zeigen, zeichnen sich Probleme in den Bereichen Verwaltung und Sozialdienst ab, weil dort die Perspektiven gering und die Belastungen hoch sind.

Im Krankenpflagedienst und bei der Ärzteschaft sind besonders viele Stellen unbesetzt, und die Fluktuation ist hoch. Ursachen dafür sind schlechte Einstiegsbezahlung, unnötige Wartezeiten bis zur Verbeamtung sowie unzureichende Fortbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten.

Drohender Stillstand

Der von der CDU angeführte Senat hat bereits während der Koalitionsverhandlungen besonderen



Wert auf den Schwerpunkt innere Sicherheit gelegt und auch den Justizvollzug einbezogen. Zusätzliche Schutzausstattung für die Vollzugskolleginnen und -kollegen, die Einführung einer eigenen Hundestafel sind Beispiele für das neue Sicherheitspaket.

„Es ist nicht genug zu wissen, man muss es auch anwenden. Es ist nicht genug zu wollen, man muss es auch tun!“

Johann Wolfgang von Goethe

Aber jetzt droht ein Stillstand wegen der aktuell schwierigen Haushaltslage des Landes Berlin, in der auch der Justizvollzug 2024 Einsparungen erbringen muss-

te. Der Gesundheitspakt steht auf der Kippe, und auch die geplanten Veränderungen im Laufbahnrecht des Justizvollzuges, einschließlich des Einstiegsamts A 8 für den AVD, sind bisher nicht gesichert.

Es bleibt zu hoffen, dass die nächsten Haushaltsjahre den Justizvollzug nicht weiterhin im Dornröschenschlaf belassen, sondern ihn wieder in die Lage versetzen, zu agieren.

Dazu müssen die Politik und die Verantwortlichen in den Verwaltungen die notwendigen Entscheidungen für den Justizvollzug zu treffen. ■



Die Berliner S-Bahn leidet unter politischen und betrieblichen Fehlentscheidungen

Die Berliner S-Bahn und ihre 1.200 Lokführer haben es nicht leicht. Zugausfälle und Verspätungen nerven Personal und Fahrgäste gleichermaßen. „Ursache ist eine Vielzahl von Weichenstellungen der Politik und der Unternehmensführung, die an der Gemeinwohlorientierung und Funktionsfähigkeit des Personennahverkehrs vorbeigegangen sind und den Praxisbezug vermissen ließen“, kritisiert GDL-Betriebsrat Jörg Neye gegenüber dem hauptstadt magazin. „Einwände und Vorschläge aus dem Betriebsdienst bleiben noch immer weitgehend ungehört.“

Nicht nur der rigorose Sparkurs und die Zerschlagung des Bahnkonzerns wegen der seit 1994 verfolgten abwegigen Idee eines Börsengangs der Bahn haben bis heute negative Spuren hinterlassen, auch Berliner Verkehrspolitiker haben verhängnisvolle Entscheidungen getroffen.

Zusammenarbeit erschwert

„Es wird mittlerweile so etwas wie ‚stille Post‘ gespielt, wenn beispielsweise ein tropfender Wasserhahn in einem Betriebsbüro in Berlin eine Kettenreaktion bis nach Hamburg auslöst und der beauftragte Installateur am Ende nicht weiß, was er konkret zu richten hat“, nennt Neye ein simples Beispiel für die Reibungen, die durch die inflationäre

Ausgliederung von Zuständigkeiten bei der Bahn entstanden sind. Menschen, die eng zusammenarbeiten müssten, kennen sich nicht mehr und können betriebliche Notwendigkeiten oft nur schwer und auf Umwegen miteinander abstimmen. Selbst Fahrdienstleiter, die die Einsätze der Bahn koordinieren müssen, gehören gar nicht mehr zur S-Bahn und sind nicht selten überrascht von den Schwierigkeiten, mit denen die Lokführer auf den Berliner S-Bahn-Strecken zu kämpfen haben.

Berliner Besonderheiten

Unter anderem haben es die Lokführer der Berliner S-Bahn teilweise mit einer Signaldichte von 50 Metern zu tun, wobei die Signale sowohl neben als auch



über den Gleisen angebracht sind. „Wer die Strecke nicht in- und auswendig kennt, ist hier verloren“, unterstreicht Neye.

Das ist nicht die einzige Besonderheit in Berlin, denn die Stromversorgung erfolgt über eine seitliche Stromschiene statt aus einer Oberleitung. Das gibt es deutschlandweit nur noch in Hamburg.

Verhängnisvolle Ausschreibung

Umso unverständlicher, dass Berliner Politiker seit Jahren an einer Ausschreibung der S-Bahn-Strecken für private Bahnunternehmer festhalten. „Bei einem Schienennetz nach üblichen Eisenbahnstandards könnte man möglicherweise daran denken“, so Neye, „bei den Berliner Vorgaben wäre ein Chaos vorprogrammiert. Die Warnungen aus der Praxis, obwohl absolut nachvollziehbar, bleiben bis heute ungehört. Dabei untermauern negative Erfahrungen aus Großbritannien zusätzlich, dass Privatisierung keine Option sein sollte. Auf der britischen Insel hatten schwere Zugunglücke infolge schlechter Wartung dazu geführt, dass das privatisierte Eisenbahnnetz wieder verstaatlicht wurde.“

Extreme Arbeitsverdichtung

Von der DB AG, die der Gemeinwohlverpflichtung des öffentlichen Personennahverkehrs zum Trotz noch immer glaubt, Gewinne anstreben zu müssen und dafür vergeblich üppige Boni an Vorstandsmitglieder verschwendet, hat die Berliner S-Bahn nach wie vor weniger Zukunftsinvestitionen als Einsparungen zu erwarten. Die Konsequenz: nicht nur verrottete Anlagen, sondern vor allem eine extreme

Arbeitsverdichtung für die Lokführer, weil sämtliches Hilfspersonal mittlerweile wegrationalisiert wurde. Da steht keine Aufsicht mehr an den durchschnittlich im Zweieinhalb-Minuten-Takt angefahrenen Stationen, die überwacht, dass der Zug abfahrtsbereit ist. Das ist längst Sache der Fahrzeugführer, die mithilfe von vier auf einem Monitor ersichtlichen Bildern über das Anfahren des Zuges entscheiden müssen.

Unbedachtes Fahrgastverhalten

Umso ärgerlicher, wenn verspätet eintreffende Fahrgäste mutwillig die Türen blockieren. Für Neye ist dieses Verhalten nicht nur rücksichtslos, sondern auch unüberlegt. Tatsächlich verspäten sich wegen einzelner Personen alle Insassen des Zuges, ganz zu schweigen von der Störung des eng getakteten Fahrplans. Hier wünscht sich Neye entschieden mehr Verständnis der Fahrgäste für den Lokführer. Mehr Verständnis wäre auch bei Unterbrechungen und Verzögerungen der Fahrt, etwa durch Polizeieinsätze



GDL-Betriebsrat Jörg Neye kennt die S-Bahn-Probleme aus eigener Erfahrung.

ze, wünschenswert. Oft steht auch das Fahrpersonal zunächst ohne Informationen vor einem Haltesignal und ist dem Unmut der Fahrgäste allein ausgeliefert.

Eineinhalbmal Ostsee und zurück

Acht Stunden lang dauert eine Schicht im Fahrbetrieb – mit nur einer Pause von 30 Minuten. In diesem Zeitraum legen die Lokführer der S-Bahn eine Strecke etwa so lang wie eineinhalbmal von Berlin zur Ostsee zurück. Dabei wird ihnen wegen der engmaschig angebrachten Signale und den häufigen Halten ein wesentlich höheres Maß an Konzentration abverlangt, als dies auf einer vergleichbaren Fernverkehrsstrecke der Fall wäre. Zusätzlich müssen sie, wenn Störungen auftreten, mit den Fahrgästen kommunizieren und Unregelmäßigkeiten auf der Strecke melden. Blinde Momente dürfen auch am Ende eines langen Arbeitstages trotz möglicherweise schlechter Witterung und nervigen Nebengeräuschen der technischen Assistenzsysteme nicht auftreten.

Fehlende Anerkennung

Anerkennung von der DB gibt es dafür wenig, im Gegenteil: Sogar das 100-jährige Bestehen der S-Bahn ließ man in Berlin – sehr zum Verdruss der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – sang- und klanglos verstreichen.

Auch um die Altersversorgung ist es schlecht bestellt. „Wenn ein Triebfahrzeugführer nach 45 Berufsjahren mit einer Rente von rund 1.600 Euro, lediglich angereichert durch eine Minimalzusatzversorgung der DB von 100 Euro, auskommen muss, dann besteht aller Anlass zu Zukunftssorgen, ganz abgesehen von der gesamtgesellschaftlichen Frage, ob sich Leistung überhaupt noch lohnt“, skizziert Neye die Versorgungssituation.

Auf die Belegschaft hören!

Fragt man Jörg Neye, was er sich für die Berliner S-Bahn am meisten wünscht, dann kommt die Antwort prompt: „Es muss wieder mehr auf die Belegschaft gehört werden. Wozu teure Unternehmensberater beauftragen, wenn sie – im besten Fall – zum selben Ergebnis kommen, das eine Anhörung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ergeben hätte?“

Von den Führungskräften wünscht sich Neye den Mut, Probleme klar zu benennen und nicht länger zur Wahrung des eigenen oder des betrieblichen Images zu verschleiern oder verkleinern. Nur so kann wirksame Abhilfe geschaffen werden. Insbesondere gefilterte Informationen an Vorgesetzte führten zu falschen Weichenstellungen. ■



Wahlhelfer gesucht!

Bereits jetzt können sich Interessierte als Wahlhelfer für die anstehenden Bundestagswahlen bewerben.

Für ihre Tätigkeit in einem Wahllokal wird ein Erfrischungsgeld von bis zu 120 Euro bei Übernahme eines Funktionsamtes als wahlvorstehende beziehungsweise schriftführende Person gewährt. Bis zu 100 Euro erhält, wer ein Funktionsamt bei der Briefwahl auszahlung übernimmt. Für eine vorausgehende Schulungsteilnahme wird eine Aufwandsentschädigung gewährt. Vorstehende oder Schriftführende erhalten zudem eine Aufwandsentschädigung für die Abholung und Rücklieferung von Wahlunterlagen vom beziehungsweise in das Bezirkswahlamt.

Anspruch auf Dienstbefreiung

Dienstkräfte der Berliner Verwaltung können, bei dann verminderter Höhe des Erfrischungsgeldes, Freizeitausgleich für die Tätigkeit als ehrenamtlich Helfende in Anspruch nehmen.

Konkret können Beisitzende in einem Urnenwahllokal einen Tag, Schriftführende und ihre Stellvertretung eineinhalb Tage und Vorstehende sowie ihre Stellvertretung zwei Tage Dienstbefreiung beantragen.

Für einen Einsatz in einem Briefwahllokal reduziert sich der Anspruch für Beisitzende auf einen halben

Tag, für Schriftführende und ihre Stellvertretung auf einen Tag und für Vorstehende und ihre Stellvertretung auf eineinhalb Tage Dienstbefreiung.

Unterstützungskräfte erhalten je nach Einsatz Dienstbefreiung wie im Urnenwahllokal oder im Briefwahllokal eingesetzte Beisitzende. Wenn die Teilnahme an einer Schulungsmaßnahme erforderlich ist, wird Dienstbefreiung wie für Schriftführende gewährt.

Wenn eine vorherige Schulung in Präsenz erforderlich ist (Vorstehende, Schriftführende und jeweilige Stellvertretungen sowie entsprechende Unterstützungskräfte), wird auch für die Zeit der Schulungsteilnahme Dienstbefreiung gewährt.

Endet schließlich der Einsatz der Dienstkräfte am Wahltag erst nach 21 Uhr, wird dies durch eine weitere Dienstbefreiung von einem halben Tag abgegolten. Außerdem wird der Dienstbeginn am Folgetag auf 12 Uhr verschoben, soweit dies dienstlich vertretbar ist; eine weitere bezahlte Dienstbefreiung ist hiermit nicht verbunden.

Weiterführende Informationen gibt es auf der Homepage des Landeswahlleiters:

www.berlin.de/wahlen/organisation/wahlhelfende/#allgemein.

Lehrerverbeamtung hat Fahrt aufgenommen

Die zunächst nur schleppende Bearbeitung der Verbeamtungsanträge von Berliner Bestandslehrkräften ist dank einer Prozessoptimierung deutlich beschleunigt worden. Die zuständige Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie geht jetzt davon aus, dass der Gesamtprozess bis Ende 2025 abgeschlossen sein wird.

Insgesamt hätten bis zum 31. August dieses Jahres 11.769 Lehrkräfte des Bestands ihre Verbeamtung beantragt, wie es in einem jährlichen Bericht an den Senat heißt.

Die Personalstellen, die im Verbeamtungsprozess vorrangig die Lehrkräfte berücksichtigt haben, die im Schuljahr 2022/2023 ihr 52. Lebensjahr vollendet hatten, sind mit dieser Zusatzaufgabe vor große Herausforderungen gestellt.

Zu ihrer Entlastung und zur Beschleunigung des Verbeamtungsverfahrens wurde von der Senatsverwaltung eine externe Prozessanalyse beauftragt, auf deren Grundlage beschleunigende Maßnahmen durch

Reduzierung der Antragsformulare und umfassende Digitalisierung des Verfahrens umgesetzt wurden.

Die Anzahl der Verbeamtungen pro Monat konnte dadurch bereits im August 2024 auf etwa 500 Fälle erhöht werden.

Die Senatsbildungsverwaltung geht deshalb davon aus, dass die noch vorliegenden mehr als 7.000 Anträge auf Verbeamtung bis Ende 2025 abgearbeitet sein werden.

Bereits jetzt würden die Lehrkräfte in regelmäßigen Abständen über den Bearbeitungsstand informiert. Auch auf der Internetseite der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie werden entsprechende Informationen veröffentlicht.

Bis einschließlich 31. Oktober 2024 wurden danach 4.381 Antragstellerinnen und Antragsteller verbeamtet. 2.524 Anträge befänden sich aktuell in Bearbeitung.

süd-amerikanischer Strom	österr. Abtei an der Donau	Bogen auf zwei Säulen, Pfeilern	Abk. für Europäische Zentralbank	mehrmals, wiederholt	Baumteil	ein Balte	Ziegenleder	Polster-, Ruhemöbel	Mitteilung, Hinweis (Kzvw.)	ohne Kabel, durch Funk	Stadt am Fuß des Thüringer Waldes	Umnachgiebigkeit				
↳	↳	↳	↳	↳	↳	Getreide	↳	↳	aber, indessen	↳	3	↳				
Nachlassempfänger	↳	↳	↳	ungelenk, unbiegsam	↳	2	↳	seichte Stelle eines Flusses	↳	↳	Vorratsgebäude, Magazin	↳				
↳	4	↳	Feier, Party (ugs.)	↳	↳	kaufmännisch: heute	↳	↳	Lochvorstecher, Pfriem	↳	↳	↳				
Spaß; Unfug	↳	↳	↳	<p style="text-align: center;">Unsere Gewinner</p> <p style="text-align: center;">Je einen Ratgeber „BEAMTEN BASICS Besoldung Versorgung Beihilfe“ haben im November gewonnen</p> <p style="text-align: center;">Rüdiger Reedwisch, 34292 Ahnatal Regina Pfeiffer, 13583 Berlin Andreas Rhode, 14129 Berlin Constanze Goppold, 10319 Berlin Henry Schewe, 12524 Berlin</p> <p style="text-align: center;">Das Lösungswort war „Blaetter“.</p>					natürlicher Kopfschmuck	↳	↳	↳	↳			
dt. Philosoph (Immanuel)	Edelstein	Eheschließung, Trauung	↳						↳	↳	↳	↳	von Bäumen gesäumte Straße	↳	Kfz-Zeichen Gütersloh	↳
in hohem Maße	↳	6	↳						↳	↳	↳	↳	↳	5	↳	↳
Fürstentitel	Rom in der Landessprache	↳	beharrlich, ausdauernd						↳	↳	↳	↳	↳	Gewürz-, Heilpflanze	Gegner Cäsars	anfällig
Singgemeinschaft	↳	↳	↳	unterstützende Expertenrunde	↳	↳	feierliches Gedicht	ägyptische Göttin	↳	französisch: Wasser	Verbrennungsrückstand	↳				
↳	↳	↳	Kraftfahrzeug, Wagen	↳	↳	↳	↳	Vorname d. Schauspielers Connery	↳	↳	7	poetisch: Adler				
Ansehen, Prestige, Bild (engl.)	↳	↳	↳	Teil des Mittelmeeres	↳	↳	↳	↳	↳	lat.: innen, inwendig	↳	↳				
Empfehlung	↳	↳	Besitz, Vermögen	↳	↳	↳	↳	ägyptische Hafenstadt	↳	↳	↳	1				

Gegen den Durst gewappnet ...

... werden die drei Gewinner unseres aktuellen Preisrätsels künftig auch außer Haus sein. Denn mithilfe der formschönen und hochwertigen Trinkflaschen, die die BBBank gesponsort hat, ist sofort und überall Abhilfe gegen eine trockene Kehle möglich.

Raten Sie mit und schicken Sie das richtige Lösungswort bis zum 15. Dezember an:

dbb berlin
 post@dbb.berlin
 Fax: 030.327952-20
 Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



© ddb berlin

PREISRÄTSEL



Letzte Meldung

dbb-Erfolg jetzt amtlich!

Die Senatsverwaltung für Finanzen hat am 21. November 2024 – wie bereits im letzten hauptstadt magazin angekündigt – in einem Rundschreiben grünes Licht für verbesserte Freistellungsmöglichkeiten für Personalratsmitglieder gegeben. Danach wird die erste Freistellung bereits ab 200 Beschäf-

tigten möglich. „Wir freuen uns, dass die Senatsverwaltung für Finanzen den Argumenten des dbb berlin zur Erweiterung der Freistellungsstaffel gefolgt ist“, kommentiert dbb Landeschef Frank Becker das Rundschreiben. ■

